

4. November 2002

## PRESSEERKLÄRUNG

### Zentralrat protestiert gegen Rumänien-Studie der SWP

Von der in Berlin ansässigen "Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) der Bundesregierung verlangt der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, die Studie "Die Roma im EU-Erweiterungsprozess: Fallbeispiel Rumänien" völlig aus dem Verkehr zu ziehen. Die SWP berät das Auswärtige Amt und den Deutschen Bundestag bei der Aussenpolitik. Im Gegensatz zu anderen guten Veröffentlichungen der SWP - etwa über die Situation der Roma in Tschechien - ist die 31-seitige Studie über die Roma in Rumänien im Einführungskapitel rassistisch und im weiteren Text oft pauschal diskriminierend.

Ausdrücklich bezogen auf die *"vier bis acht Millionen in Europa lebenden Roma"* hieß es im Einführungskapitel u.a.:

*"Wie zeitlos und lösungsresistent das Roma-Problem ist, macht ein Schweizer Polizeibericht aus dem Jahre 1912 deutlich: 'Die Zigeuner gefährden tatsächlich die innere Sicherheit des Landes. Sie führen eine gesetzlose Existenz, verheimlichen geflissentlich ihre Identität und Herkunft (...). Die Zigeuner sind refraktär (leisten Widerstand) gegen jede bürgerliche Ordnung und gegen die Autorität des Staates (...). Sie bilden überdies eine beständige Belästigung unserer ländlichen Bevölkerung, da sie ihren Lebensunterhalt, wie bekannt, zumeist aus Bettel, Frevel und Diebereien aller Art (...) zu beschaffen suchen.' "*

Da der Stellvertretende Direktor der SWP, Albrecht Zunker, die gesamte Studie zunächst rechtfertigte, intervenierte der Zentralratsvorsitzende Rose beim Vizepräsidenten des Stiftungsrates, Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier. Jetzt schrieb Zunker - ohne jede Entschuldigung für den auch im Internet verbreiteten Rassismus - an Rose mit zwei Zeilen, er "erkläre, das Zitat aus dem Schweizer Polizeibericht aus dem Jahre 1912 wird ersatzlos gestrichen bzw. in dem Datensatz gelöscht."

Romani Rose sagte heute in Heidelberg: "Die der Anti-Roma-Stimmung dienende Einführungspassage über das angeblich europaweit seit 1912 'lösungsresistente Roma-Problem' verdeutlicht, mit welcher Tendenz die gesamte Rumänien-Studie von der SWP-Mitarbeiterin Anneli Ute Gabanyi angefertigt wurde." Der Zentralrat verlangt eine Rehabilitierung der Roma und Sinti und ein Gespräch mit den Führungsgremien der "Stiftung Wissenschaft und Politik", so Rose. Die meisten Mitglieder der Stiftung sind führende Vertreter von Bundesministerien, des Kanzleramtes und der im Bundestag vertretenen Parteien.